

## Briefing zu Gender- und Klimagerechtigkeit

Meist verhalten sich FLINTA\*<sup>1</sup> sowie Menschen aus dem Politisch-Globalen Süden (PGS) oder mit geringerem Einkommen weniger klimaschädlich. Doch leiden sie mehr unter den Folgen der Klimakrise. Menschen mit höherem Einkommen – wie z. B. weiße Cis-Männer<sup>2</sup> aus dem Politisch-Globalen Norden (PGN)<sup>3</sup> – profitieren dagegen häufiger von Fördergeldern für klimafreundliches Verhalten. Sie können auch mit den Folgen des Klimawandels leichter umgehen, denn sie verfügen beispielsweise über die entsprechenden ökonomischen Ressourcen. Um diese Ungerechtigkeit zu beheben, ist eine genderresponsive Klimapolitik notwendig. Das bedeutet eine Politik, die einerseits zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beiträgt und andererseits die bestehenden klimapolitischen Maßnahmen wirkungsvoller macht, weil alle Menschen gleichermaßen an ihrer Gestaltung und Umsetzung teilhaben.

FLINTA\*, insbesondere im Politisch-Globalen Süden, tragen eine größere Last der Folgen des Klimawandels als Cis-Männer. Ein Beispiel sind Naturkatastrophen wie Tsunamis, Überschwemmungen oder Dürren. Bei diesen profitieren FLINTA\* nicht ausreichend von Frühwarnsystemen, zudem müssen sie oft größere Hürden bei der Flucht überwinden. Einerseits sind FLINTA\* häufiger für Sorgearbeit – also die Betreuung von Alten, Kranken oder Kindern – verantwortlich. Andererseits sind sie unter Umständen eingeschränkt durch besondere körperliche Anforderungen, beispielsweise im Falle einer Schwangerschaft, durch religiöse Umstände wie Anforderungen an geschlechtlich getrennte Unterbringung sowie den oft geringeren Zugang zu Mobilität. Besonders von Naturkatastrophen betroffen sind LGBTIQ\* Personen. Sie erhalten oft nicht den notwendigen Schutz oder werden gar in vielen Ländern für die Katastrophen verantwortlich gemacht. Sie können dann beispielsweise nicht in Notunterkünfte fliehen, weil sie dort nicht sicher sind.

Auch im PGN kann das Geschlecht einen Unterschied machen. So sterben bei Hitzewellen mehr FLINTA\* und insbesondere ältere Menschen als Cis-Männer. Wie eine Studie aus dem Journal „Environmental Health“ zeigt, liegt der Anstieg der Sterblichkeit durch klimawandel-

---

<sup>1</sup> FLINTA\* ist eine Abkürzung für Frauen\*, Lesben\*, Inter\*, Nonbinary\*, Trans\*- und Agender\*-Personen. Sie stellt den Versuch dar, einen Ausdruck für eine Personengruppe zu finden, die von den patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft diskriminiert und unterdrückt wird

<sup>2</sup> Die Begriffe „cisgeschlechtlich“, „cisgender“ oder „cis“ (lat. „cis-“: diesseits) beschreiben Menschen, die sich dem Geschlecht zugehörig fühlen, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Sie erleben häufig eine Übereinstimmung zwischen ihrem Körper und ihrer Geschlechtsidentität.

<sup>3</sup> Politisch-Globaler Süden (PGS) weist auf den politischen Charakter dieser Bezeichnung und die Unterscheidung zum Geografisch-Globalen Süden hin. So liegt Australien im Geografisch-Globalen Süden, ist politisch jedoch Teil des Globalen Nordens.

bedingte Hitzewellen in Nordeuropa bei der Altersgruppe der über 85-jährigen Männer bei 10,7 Prozent, bezogen auf die täglichen Sterbezahlen. Der Anstieg bei gleichaltrigen FLINTA\* ist indes mit 18,4 Prozent weitaus höher.

Gleichzeitig spielt in vielen Ländern weder bei Klimaschutz- noch bei Anpassungsmaßnahmen Geschlechtergerechtigkeit eine Rolle. Deutschland ist dabei keine Ausnahme. Gesetze und Maßnahmen haben nicht alle Menschen gleich im Blick und stellen bestehende Privilegien nicht infrage. Das reproduziert oder verstärkt soziale Ungerechtigkeiten.

Zum Beispiel beim Thema CO<sub>2</sub>-Preis stellen sich Fragen der (Geschlechter-)Gerechtigkeit. Von der Erhöhung der Pendler:innenpausale, eine Maßnahme zum sozialen Ausgleich des CO<sub>2</sub>-Preises, profitieren vor allem autofahrende Fernpendler:innen. Das sind überwiegend besserverdienende Cis-Männer. Auch neue E-Autos werden gefördert, aber überwiegend von Cis-Männern erworben. Lediglich rund 28 Prozent aller neuen Elektroautos werden in Deutschland auf Frauen zugelassen.

Statt Einzelmaßnahmen zu beschließen, wäre es daher sinnvoller, zu ermitteln, wie sich der CO<sub>2</sub>-Preis auf Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen auswirkt. Wenn Menschen Kinder großziehen, vielleicht sogar alleinerziehend sind, über ein geringes Einkommen oder eine niedrige Rente verfügen, dann sollte insbesondere für sie ein Ausgleich zu steigenden Lebenskosten geschaffen werden. Davon würden vor allem FLINTA\* profitieren. Denn sie verdienen nicht nur weniger, sondern haben auch im Alter weniger Geld zur Verfügung. So beträgt der sogenannte Gender Pension Gap in Deutschland 49 Prozent, wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) 2019 feststellte. Das bedeutet, dass FLINTA\* im Durchschnitt ein um knapp die Hälfte niedrigeres Alterssicherungseinkommen beziehen als Cis-Männer.

Wie Menschen weltweit an der Lösung der Klimakrise beteiligt sind, hängt nicht allein von ihrem persönlichen Engagement ab. Die Welt ist geprägt von Herrschaftsverhältnissen, in denen Menschen über unterschiedliche Interventionsspielräume verfügen. Die dominante Politik, die unverändert von weißen, kolonialen und patriarchalen Interessen bestimmt wird, hat die Klimakrise ursächlich zu verantworten. Daher kann diese Politik auch keine angemessenen Lösungen für diese Krise bieten. Erst wenn die Politik sich grundlegend verändert, kann die Klimakrise wirksam angegangen werden. Voraussetzung dafür ist, dass alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung und anderen diskriminierungsrelevanten Faktoren gleichberechtigt an der Ausgestaltung von klimapolitischen Maßnahmen teilhaben.

Dabei gilt: Je mehr unterschiedliche Gruppen sich beteiligen können, desto mehr Perspektiven werden mitgedacht. Das macht Klimapolitik effektiver und gerechter. GenderCC und andere feministische Organisationen fordern daher, dass nach Geschlecht und anderen Fak-

toren aufgeschlüsselte Daten erhoben werden, aus denen hervorgeht, wie sich Gesetze auf unterschiedliche Gruppen auswirken. Klimapolitische Maßnahmen dürfen nicht dazu beitragen, bestehende Ungleichheiten beizubehalten oder gar zu verstärken, sondern sollten diese abmildern.

Eine geschlechtergerechte Klimapolitik ist auch eine effektivere, denn sie nimmt in ihrer Planung alle Menschen gleichermaßen mit und schafft – wo nötig – klimafeindliche Privilegien ab. Daher sollten Maßnahmen grundlegend einem Gender-Check unterzogen werden, um im Vorfeld zu untersuchen, inwiefern sie sich auf die verschiedenen Geschlechter auswirken. Dadurch kann nicht nur die Klimakrise effektiver bewältigt werden, sondern auch unsere Gesellschaft gerechter werden.

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit den Mitteln des



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein GenderCC-Women for Climate Justice e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Juni 2021